

Herforder Zeitung

Bezugspreis
halbmöndlich 1.— M.
Die Zeitung erscheint täglich,
außer Sonn- u. Feiertag,
mittags.

für Stadt und Land

Druck und Verlag Fr. Kuhl
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



Fernsprecher Nr. 83
Postfachkonto Nr. 5296
Scheidt-Hamover

Anzeigenpreis:
Preis für die 1 spaltige Mi-
meterzeile od. deren Raum für
Stadt und Landkreis Herford
10 Goldpfennig;
Kellern
50 Goldpfennig.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Allmählicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 103

Herford, Freitag, den 4. Mai 1924

42. Jahrgang

Neue Inflation.

Sie steht vor der Tür.

Die Rechtsradikalen haben den traurigen Mut, der Reichsregierung bei der Vertretung der nationalen Interessen gegenüber dem Ausland in den Rücken zu fallen, indem sie die Behauptung aufstellen, daß sie überhaupt nicht legitimiert sei, für das deutsche Volk zu sprechen. Sie suchen den Anschein zu erwecken, als ob nach den Wahlen eine ganz anders orientierte Regierung aus Ruher käme, die mit den Sachverständigen-Gutachten kurzen Prozeß machen werde.

Glücklicherweise hat diese Sabotage-Politik, wie die „Voss. Ztg.“ zutreffend sagt, bis jetzt im Ausland nicht den Eindruck gemacht, den man befürchten muß. Wenn die rechtsradikalen Drohungen und Großsprecherien draußen ernst genommen würden, so wäre die Mark in den letzten Wochen in eine unaufhaltsame Abwärtsbewegung geraten, weil kein Mensch auch nur einen Pfennig auf ein Deutschland geben würde, dessen Geschick irgendwie von der gewissenlosen Demagogie der rechtsradikalen Gruppen abhängig wäre. Tatsächlich vertraut man aber im Ausland — und wie wir glauben, mit Recht — auf den gesunden Sinn des deutschen Volkes, auf seine in den gefährlichsten Krisen seit 1918 immer wieder bewährte Mäßigung, Vernunft und Kalblütigkeit. Dementsprechend ist die Mark im Augenblick fester als je. Sie wird in New York gleichwertig mit der Dollarparität gehandelt. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß dieser Zustand keineswegs unschütterlich ist. Er beruht im Augenblick noch mehr auf Hoffnungen und Möglichkeiten, als auf gesicherten Tatsachen. Erst die echte Goldwährung gibt die Aussicht auf eine dauernde Stabilisierung. Ihre Voraussetzung aber ist die Gewährung der Auslandsanleihe, über die gegenwärtig die maßgebenden amerikanischen und englischen Bankiers verhandeln. Wenn das deutsche Volk die Ratschläge Westarp und Wulle befolgte, wäre im selben Augenblick jede Anleihemöglichkeit zerstört und damit auch der unter so unendlichen Opfern und Mühsalen erlangte Sieg über den Lindwurm der Inflation entwertet. Wer Westarp-Wulle wählt, wählt die Währungs-katastrophe, gegen die es ein zweites Mal kein Rettungsmittel gibt. Kein Schacht könnte uns aus diesem neuen Abgrund erneut ans Licht führen!

Die deutschvölkische und deutschnationale Parole gegen die Sachverständigen-Gutachten ist aber auch gleichbedeutend mit einem offenen Verrat an den bedrohten Besitzgebiets des Rheins. Sie ist nichts anderes als eine Neuauflage der sogenannten „Verschöpfungspolitik“, die von den Rechtsparleuren vor einigen Monaten verkündet wurde. Danach sollte das Deutsche Reich das besetzte Gebiet seinem Schicksal überlassen, alle Zahlungen und Leistungen einstellen, die das Los der Menschen an Rhein und Ruhr noch einigermaßen erträglich machten, und es den Feinden überlassen, die „Verantwortung“ für die Millionen von Opfern einer solchen Politik zu tragen. Dieser Politik sind die Parteien der Mitte, insbesondere die Demokraten unter Führung des Justizrats Falk in Köln, mit leidenschaftlicher Energie entgegengetreten. Und mit Erfolg.

Was jetzt von rechtsradikaler Seite betrieben wird, ist nichts anderes als eine neue Drückbergerlei, bei der das unbefestete Deutschland sich auf Kosten des besetzten Gebietes von den Lasten freilassen will. Ob eine solche Politik auch für das unbefestete Deutschland, einschließlich der ostelbischen Gutshöfe, nicht der reine Selbstmord wäre, sei einmal dahingestellt. Sicher ist aber, daß die Ablehnung der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Reparationsregelung die Verurteilung des besetzten Gebietes bedeuten würde, den Franzosen und Belgiern als Objekt eines rücksichtslosen Raubbaus zu dienen. Die unerträglichen Micum-Verträge, deren Verlängerung von deutscher Seite nur in der Hoffnung auf eine Allgemeinregelung erfolgte, würden mit ungemeinlicher Schärfe zur Auswirkung gelangen, ein Erpressungs- und Kontributionsystem einführen, das die ganze Bevölkerung des Westens betrafen würde.

Es ist unmöglich, daß die rechtsradikalen Führer diese Konsequenzen ihrer Ratschläge nicht sehen. Johannes Hofffeld sagt in seiner „Geschichte des Deutschen Reichs“ über das Verhalten des preussischen Königs Friedrich Wilhelm III. vor den Befreiungskriegen, er habe lieber als unumschränkter Monarch östlich der Elbe regieren, als die Wiedergewinnung des ganzen Landes den freiheitlichen Kräften seines Volkes ver danken wollen. Sollte es auch diesmal Leute geben, die lieber deutsches Land preisgeben, als die materiellen Lasten der Befreiungspolitik mittragen wollen? Wenn es solche Leute gibt, so wird ihnen die übergroße Mehrheit des Volkes mit den Worten erwidern: „Das ganze Deutschland soll es sein!“

Das Neueste vom Tage

Der erste Mai ist in Deutschland ohne nennenswerte Störungen verlaufen. In zahlreichen Städten war von Arbeitsruhe überhaupt nichts zu merken.

Zur Reichstagswahl sind 486 Kreiswahlvorschläge gegen 296 im Jahre 1920 und 23 Reichswahlvorschläge (15) eingereicht. Man schätzt die Kosten der Reichstagswahl auf 1½ bis 2 Millionen Mark.

In Barmen hat die evangel. Schulgemeinde gestern einen Schultreff erklärt, wahrscheinlich um dadurch Macht und Autorität zu stärken.

Im englischen Unterhaus kam es gestern zu einer Aussprache wegen der Einfrierung und brutalen Ausweisung deutscher Staatsangehöriger im besetzten Gebiet. Die englische Regierung ließ erklären, daß die französisch-belgischen Brutalitäten dauernd ihre Aufmerksamkeit beschäftigten.

Wie der holländische Finanzminister mitgeteilt hat, schließt das holländische Budget mit einem Fehlbetrag von 40 Millionen Gulden ab.

Die belgischen Minister Theunis und Dymans sind nach London abgereist, um mit der britischen Regierung über die Reparationsfrage zu konferieren.

Juden im Meer.

Generalschüler als Zeugen.

Gegenüber den Beschuldigungen, die im politischen Kampf gegen das Verhalten der Juden an der Front erhoben werden, verweisen wir hier auf die Tatsachen, die sich im vierten Untersuchungsausschuß ergeben haben.

In diesen Verhandlungen brachte der deutschnationale Abgeordnete Dr. Philipp einige persönliche Erlebnisse vor, aus denen die besondere Feigheit und militärische Unfähigkeit der jüdischen Soldaten hervorgehen sollte. Demgegenüber erklärte der Sachverständige General v. Kuhl, der Generalschüler der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht, der auch Ludendorff besonders nahe stand, unter seinem Eid:

„Meine persönlichen Erfahrungen und die Erfahrungen, die mir von anderen übermittelt worden sind, lassen erkennen, daß die Juden an der Front ebenso gut ihre Schuldigkeit getan haben, wie die andern auch.“

Der zweite Sachverständige, Oberstleutnant v. Stülpnagel, erklärte:

„Ich möchte scharf unterstreichen, was Exzellenz v. Kuhl eben sagte. Ich habe als junger Generalschüleroffizier bei der sechsten preussischen Division die Erfahrung gemacht, daß diejenigen Juden, die an der Front waren, ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan haben. Ich will erwähnen, daß es mir eine Freude war, als unter den ersten auch einem Juden das Eisene Kreuz verliehen wurde.“

Der dritte Sachverständige schließlich, Oberst Schwertfeger, sagte aus:

„Ich habe im Kriege jahrelang Gelegenheit gehabt, die Verhältnisse im Generalgouvernement Belgien kennen zu lernen, das als Etappe angesehen ist. Im Bereiche des Generalgouvernements Belgien waren natürlich an verschiedenen Stellen besonders der politischen Verwaltung und der wirtschaftlichen Behörden Angehörige der jüdischen Religion, und es ist damals auch verschiedentlich an das Generalgouvernement mit dem Wunsche herangetreten worden, da eine stärkere Ausklammerung im Sinne der Abgabe an die Front vorzunehmen. Es stellte sich dann aber in den meisten Fällen heraus, daß diese Herren auf dem Posten, auf dem sie waren, wirklich unentbehrlich waren und durch bessere und eingearbeitetere Persönlichkeiten nicht ersetzt werden konnten, so daß sich auch die Mithimmung, die gelegentlich darüber auch in Offizierskreisen geherrscht hat, verhältnismäßig bald gab, weil im einzelnen nachgewiesen werden konnte, daß man nicht in der Lage war, diese Leute aus ihrer Stellung zu entfernen und durch gleichwertige zu ersetzen. Eine gleichwertige Persönlichkeit war in den meisten Fällen nicht vorhanden, und infolgedessen mußte es beim alten bleiben.“

Durch diese eidlischen Befundungen wird von autoritativer Seite widerlegt, womit Deutschnationale und Deutschvölkische seit Jahren agitieren gehen und womit sie auch im Wahlkampf wieder anrücken. Wir nehmen nicht an, daß die Agitatoren selbst von diesen Tatsachen Kenntnis nehmen werden, denn das hieße ja, ihr wichtigstes Handwerkszeug beiseite legen. Aber die Wähler können an diesen Erklärungen deut-

licher Generalschüleroffiziere wieder einmal erkennen, wie es mit der Wahrheitsliebe und den Argumenten der Rechtsparteien bestellt ist.

Nicht deutsch — sondern norddeutsch.

Der Wahnwitz völkischer Agitatoren.

Wohin der Wahnwitz der Rassenpolitik führt, das zeigt ein Aufsatz, den die „Deutsche Zeitung“ aus der Feder eines Dr. Rüttnid veröffentlicht. Bisher hatte man meistens angenommen, daß die Völkischen in ihrem Kampfe gegen die Fremdstämmigen im allgemeinen und die Juden im besonderen das ganze deutsche Volk als die bevorzugte Rasse betrachteten, der die Herrschaft über die Welt gebühre und die deshalb von Beimischungen anderer Rassen freigehalten werden müsse. Jetzt belehren uns aber die extremen Völkischen, daß mit Erreichung dieses Zieles noch nicht Alles getan ist, sondern das es nur einen bestimmten Teil von Deutschen gibt, der den Anspruch auf die Herrschaft erheben kann. Dr. Rüttnid schreibt darüber: „Weil das deutsche Volk seiner Blutanlage nach besser ist als das jüdische, als das französische, als das slavische, verlangen wir für das deutsche Volk eine Führung durch Deutsche. In dem Augenblick, wo wir die Gleichheit alles dessen, was Menschenanliegen trägt, ablehnen, sind wir aristokratisch eingestellt. Nun hat Günther (Rassenkunde des deutschen Volkes) unendlich vielen Volksgenossen die Augen darüber geöffnet, daß das deutsche Volk rassenmäßig sehr verschieden ist, daß in Deutschland außer den Juden vier verschiedene Rassen nebeneinander bestehen, und daß die nordische Rasse die beste ist. Es ergibt sich daraus die Forderung der Völkischen, den nordischen Teil des deutschen Volkes zu erhalten und ihm die Führung zu sichern.“

Daß du die Nase ins Gesicht behälst! Was werden übrigens die bayerischen Nationalsozialisten zu dieser Herabsetzung ihrer Rasse sagen?

Deutschnationale gegen Abbau höherer Beamter.

Die deutschnationalen Abgeordneten Dr. v. Kries (Potsdam), Lüdicke und Weisgerber beklagen sich in einer kleinen Anfrage im preussischen Landtag darüber, daß bei der Regierung in Schleswig sechs höhere Verwaltungsbeamte abgebaut worden sind. Nach ihrer Ansicht ist der Abbau gegenüber der Geschäftsbelastung der Regierung zu stark. Besonders bitter erscheint ihnen der Abbau deshalb, weil fünf der Abgebauten der Deutschnationalen Volkspartei angehören und der sechste ihr politisch nahesteht.

Es ist bezeichnend, daß die Deutschnationalen so sehr besorgt darüber sind, daß der Geschäftsgang bei der Regierung durch ein zu erhebliches Ausschneiden von höheren Beamten in Unordnung geraten könnte. Die Furcht, daß zuviel höhere Beamte ausscheiden müssen, erscheint schon deshalb unbegründet, weil es doch gerade höhere Beamte sind, die den Abbau durchführen. Die Beamten fordern mit Recht, daß der Abbau oben beginnen soll, denn nur dann ist er wirksam. Für die Beamten wird es von Interesse sein, zu sehen, wie die Deutschnationalen sich einseitig als Schützer der höheren Beamten aufspielen suchen, wahrhaftig nicht aus tatsächlichen Gründen und im Interesse der höheren Beamten überhaupt. Denn man darf mit Recht fragen, ob ihre Besorgnis vor dem Abbau eine gleich große sein würde, wenn die höheren Beamten in erheblicherem Umfange überzeugte Diener der Republik wären, der sie dem Eid geleistet haben und deren Brot sie nicht verschmähen.

Die Konfessionsschule als Regelschule.

D. B. P. und Volksschule.

Die Deutsche Volkspartei, die in der Schulfrage bisher eine klare Stellungnahme nicht erkennen ließ, hat kurz vor der Wahl ihr wahres Schulziel enthüllt. In Nr. 8 ihrer im Wahlbezirk Westfalen-Nord herausgegebenen Wahlzeitung „Kampfbüchlein für Vaterland und Freiheit“ beantwortet sie unter der Überschrift Deutsche Kultur und Deutsche Volkspartei u. a. die Frage: „Wie steht die Deutsche Volkspartei zur Schule?“ mit der programmatischen Erklärung: „Sie fordert die konfessionelle Schule als Regelschule. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist zu berücksichtigen.“ — Damit gibt die Deutsche Volkspartei die im § 148 Abs. 1 der Reichsverfassung als Regelschule festgelegte Ge-

meinschaftsschule, die Zusammenfassung und Vereinheitlichung und die Möglichkeit einer organischen Ausgestaltung des öffentlichen Schulwesens durch den Staat preis und eröffnet den kirchlichen Bestrebungen auf Wiedergewinnung eines größeren Einflusses auf dem Schulgebiete Tür und Tor, was zwangsläufig eintreten muß und woran gegenteilige Behauptungen und Vermahnungen nichts ändern werden.

Der Wahlkreisvorsitzende Regierungs- und Schulrat Wenig in Minden führt dazu erläuternd aus, „daß der deutsch-nationale Kandidat, Herr Graf Werbelde, in einer Wahlrede seinen Anschluß an die Deutsch-nationale Partei mit der Behauptung begründet, daß die Deutsche Volkspartei, an der er nach diesen Umständen offenbar sonst nichts anzusetzen hat, die konfessionelle Volksschule auf ihrem Programm nicht berücksichtigt habe. Tatsache ist, daß die Programme der beiden Nachbarparteien in der Schulfrage überhaupt keinen Unterschied aufweisen. . . ferner, daß bis jetzt die Vorkämpfer beider Parteien, als es sich um das verunglückte Reichsschulgesetz handelte, in dieselbe Kerbe gehauen haben.“ — Klipp und klar wird dadurch eine andere Tatsache bestätigt, nämlich, daß die Schulpolitik der Deutschen Volkspartei sich künftig in den Bahnen der Deutsch-nationalen Volkspartei bewegen wird.

Was sagen die Lehrer hierzu?

Politisches Attentat in Paris

Gegen Faschisten.

Paris, 1. Mai. Gestern abend um 10½ Uhr, als etwa 20 Mitglieder des Faschismus von Paris in den Klubräumen der Faschistischen Partei vereinigt waren, wurde von Unbekannten eine Bombe geworfen. Sie explodierte. Eine junge Dame wurde verletzt. Im übrigen wurde nur Materialschaden angerichtet. Die Faschisten verfolgten die Uebeltäter. Man nimmt an, daß es sich um italienische Anarchisten handelt. Polizeibeamte schlossen sich den Verfolgern an. Es kam zu einer Revolverschießerei in den Straßen. Es ist nicht gelungen, die Bombenwerfer festzunehmen.

Schießerei in Königsberg.

Königsberg, 1. Mai. Heute vormittag gegen 11 Uhr bewegte sich trotz des Verbots ein Demonstrationszug von etwa 2000 Personen durch die Goldallee. Als ein Polizeikommando den Zug zerstreuen wollte, schlugen die Demonstranten auf die Polizeibeamten mit Gummiknüppeln, Stöcken usw. ein. Die Polizeibeamten zogen hierauf ihre Seitengewehre und forcierten die Menge auf, auseinander zu gehen. Im demselben Augenblick fiel aus der Menge ein Schuß und der Polizeiwachtmeister Margensfeld brach, am Hals getroffen, zusammen. Ein anderer Polizeibeamter schoß den Führer nieder. Als die Schüsse gefallen waren, stob die Masse auseinander. Es ist festgestellt worden, daß außer den beiden Schüssen noch andere Schüsse aus der Menge gefallen sind. Auch an anderen Stellen wurden die Beamten von der Menge hart bedrängt, so daß sie von ihrer Waffe Gebrauch machen mußten.

Herford und Minden-Ravensberg

Ost und West — daheim das Best,
Und hast du's draußen noch so gut,
Nord oder Süd — das Glück erblüht
Nur in des Hauses stiller Gut. Dieffenbach.

2. Mai.

Geburtenüberschuß in Herford.

Die natürliche Vermehrung der Bevölkerung durch Ueber-
schuß der Geburten über die Todesfälle geht seit einiger Zeit
in Deutschland in bedenklichem Maße immer weiter zurück.
Im dritten Vierteljahr 1913 kamen auf 1000 Einwohner und
außer Jahr noch 13,6 Geburten mehr als die Sterbefälle be-
tragen, 1922 waren es nur noch 10,3 und 1923 gar nur noch
7,3, d. h. also, daß von 1922 auf 1923 der Bevölkerungs-
zuwachs um nahezu ein Drittel zurückgegangen ist, nämlich
von 158 215 auf 111 648. Im dritten Quartal des vorigen
Jahres wurden 306 918 Menschen in Deutschland lebend ge-
boren oder 20,5 auf 1000 Einwohner gegen 22,9 im Jahre
1922, 25,3 im Jahre 1921 und 28,8 in 1913.

Vergleicht man mit diesen Ziffern die Bevölkerungsbe-
wegung in der Stadt Herford, so gelangt man zu dem
Ergebnis, daß hier der Geburtenüberschuß noch als immerhin
bedeutend bezeichnet werden muß. Zwar haben auch wir natu-
rgemäß einen bemerkenswerten Rückgang zu verzeichnen, aber
im großen und ganzen bleibt es doch bei einem Mehr der Ge-
burten gegenüber den Sterbefällen. Im ersten Monate haben,
wenn man die einzelnen Geschlechter gegenüberstellt, aller-
dings auch schon ein Minus aufzuweisen und zwar der Janu-
ar, in dem vier weibliche Geburten weniger zu verzeichnen
waren als fünf Sterbefälle zu verzeichnen sind, ebenso starben im
Mai zwei weibliche Personen mehr als geboren wurden, wäh-
rend im Juli zwei männliche Personen weniger geboren wur-
den als fünf Sterbefälle zugetragen haben. Insgesamt wurden
geboren im Jahre 1923: 329 männliche und 289 weibliche
Personen; es starben 228 männliche und 211 weibliche, so-
daß sich ein Geburtenüberschuß ergibt von 101 männlichen
und 67 weiblichen Personen.

Im Zusammenhang hiermit ist interessant die Ehe-
schließungsziffer. Im Jahre 1923 verknüpften sich
bei uns 333 Paare zum Bund für das Leben. Diese Ziffer
ist beinahe um 100 geringer als die vom Vorjahre, in welchem
Zeitraum nämlich 422 Eheschließungen vorgekommen sind.
Die weitaus größte Zahl der Eheschließungen fand in der
Altersstufe zwischen 20 und 30 Jahren. Erfreulicherweise
war die Zahl der Unreifen unter 20 Jahren sehr gering.

H. Der Landgemeindegtag für den Regierungsbezirk Min-
den hält am 12. Mai in Herford seine Jahresversammlung
ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Bür-
germeisters a. D. Rütty über „Zeitgemäße kommunale Fragen“.

— Neue Züge Bielefeld-Löhne. Vom 5. Mai d. Js. ab
verkehren zwischen Bielefeld und Löhne versuchsweise an

Hypothekengläubiger- und Sparerschutzbund.

Ein neutraler Verband — Aber unverhüllte rechtsgerichtete Parteidemagogie.

Zur Gründung einer Ortsgruppe des Hypothekengläubiger- und Sparerschutzbundes hatte man gestern abend eine Versammlung zum Evangelischen Vereinshaus einberufen, die bei dem großen und brennenden Interesse an dieser Frage ersichtlichem Recht stark besucht war. Einen ausfallenden Vortrag hielt Rechtsanwalt Blanke-Detmold. Er wies in sachlichen, klar verständlichen juristischen Ausführungen darauf hin, daß die 3. Steuernotverordnung mit den in ihr festgelegten Bestimmungen über Hypothekenaufwertung eine Entrechtung der Sparer bedeute und daß man laut und nachdrücklich Protest erheben müßte gegen diese Verordnung. Der Redner wies in diesem Zusammenhang darauf hin, wie wichtig es sei, am 4. Mai seine Stimme einer solchen Partei zu geben, die sich für die berechtigten Interessen der Sparer verwenden werde. Ein Versprechen in dieser Richtung haben von den politischen Parteien eigentlich nur drei klar und ohne Vorbehalt abgegeben, unter ihnen die Deutsche demokratische Partei.

Im Gegensatz zu den objektiven Darlegungen des Rechtsanwalts Blanke standen die Worte des Vorsitzenden des Landesverbandes Lippe des genannten Verbandes, Dr. Rosche. Zwar hielt er sich zunächst, im Gegensatz zu seinem sonstigen Gebahren während der jetzigen Wahlkampagne in Lippe, parteipolitisch neutral und zog gegen die Politik der Regierung in der Aufwertungsfrage mit teilweise recht geschmacklosen und sehr üblen Redensarten zu Felde. „Die Reichsregierung hat an ihren Gläubigern einen Treubruch begangen“, oder „wenn die Land-wirtschaft ihre Gelder nicht in Sachwerten angelegt hätte, wären die auch noch verliert worden“, oder „wenn sich Staat und Gemeinden durch Zug und Trug unter geistlicher Sanktion schuldenfrei gemacht haben, wird der Feindbund kaum zögern, dem ersten Räuber seine Beute wieder abzugeben“, das sind so einige Stilblüten aus dem „Aufklärungs-wort“ dieses Herrn Dr. Rosche.

Wichtig genug waren die wenigen Sätze, die Lehrer Dirls zur Versammlung sprach. Er wies darauf hin, daß wir in erster Linie dafür zu sorgen haben, daß durch Steuern die Kassen erst einmal gefüllt werden müssen, aus denen die Sparer und Hypothekengläubiger mit Recht einen angemessenen aufgewerteten Teil ihres dahingehenden Vermögens zurück-verlangen. Im Hinblick auf ein parteipolitisches Flugblatt, das am Saaleingange verteilt wurde, warnte Herr Dirls davor, die Bestre-bungen dieses neutralen Zusammenschlusses zu stören durch partei-politische Agitation. Daß diese Mahnung nicht unbegründet war, erwies sich kurz darauf, als Regierungsrat Möller seine Stellung darlegte. Wohlwollend wirkte es, daß er sich mit Begeisterung einsetzte für die Re-gierung, die nicht in böser Absicht sich zu den kritisierten Maßnahmen veranlaßt sah, sondern die dazu gezwungen wurde durch die bitter enste Not. Aber dann kam doch die Politik in die Debatte, als er mit aller Offenheit Stimmung machte für die Deutsche Volkspartei.

In seinem Schlusswort verurteilte Rechtsanwalt Blanke in seiner vorbildlich sachlichen Art den föhrenden Eindringling Parteipolitik bei-seite zu schieben, aber Dr. Rosche, der nach ihm noch einmal zu sprechen sich bemühtigte, machte recht deutlich und mit offensichtlich starker Einseitigkeit für die Volkspartei und die Deutsch-nationalen Re-k-lams. Er gedachte die Demokraten so ganz an die Wand drücken zu können, indem er die merkwürdige Tatsache, daß man den demokratischen Spitzenkandidaten unseres Wahlkreises, Staatsminister Rönneburg, gar nicht über seine Einstellung zur Aufwertungsfrage gehört hatte, totzu-schweigen versuchte. In einem treffenden Zwischenruf aber konnte Herr Dirls die Sache öffentlich richtig stellen.

Da trotzdem ein Flugblatt ausgeteilt wurde, in welchem der an-gelich „neutrale“ Schutzbund zur Reichstagswahl die Parole aus-gibt: „Wählt ausschließlich deutsch-national oder Deutsche Volkspartei!“ ist es doch von Wichtigkeit, hier darauf hinzuweisen, daß die Stellung der Reichsparteien zur Aufwertungsfrage bis vor ganz kurzer Zeit mehr denn zweifelhaft gewesen ist. Der Abgeordnete Düringer, der jetzt von der Volkspartei als der „Anwalt der Enterbten“ so herausgestrichen wird,

war bis kürzlich bei den Deutsch-nationalen. Er hat der Partei weniger wegen der völligen Hege den Rücken gekehrt, vielmehr ist er von seinem ehemaligen Parteifreunden, denen sein entschiedenes Eintreten für Hypo-thekenaufwertung aus nicht schwer zu verratenden Gründen unbequem wurde, hinausgeleitet worden. Und was ist in der Frage von der Deut-schen Volkspartei zu sagen? Bekannt ist es, daß der zur Volkspartei gehörende frühere Reichsjustizminister Dr. Heine in der schärfsten Weise gegen jede Aufwertung grundsätzliche Stellung genommen hat und daß der jetzige Reichsfinanzminister Dr. Lohse, gleichfalls eine der einfluss-reichsten Größen der Deutschen Volkspartei, die berühmte dritte Steuer-notverordnung dem Reichsrat in der Form vorlegte, daß überhaupt jede Aufwertung verboten sein sollte.

Nur und unzweifelhaft dagegen ist die Haltung der Deutschen demo-kratischen Partei, die stets mit Entschiedenheit für eine angemessene Ent-wertung eingetreten ist. Wie Staatsminister Rönneburg, der demo-kratische Spitzenkandidat unseres Wahlkreises, zu dieser Frage steht, hat er in folgenden Sätzen niedergelegt:

„Meine Stellungnahme bezieht sich im wesentlichen mit der des Abg. Dr. Düringer. Ich habe als Mitglied der braunschweigischen Landes-regierung mich entschieden für die Aufwertung der Hypotheken eingesetzt, und zwar schon zu einer Zeit, als der volksparteiliche Minister Dr. Heine ihr im Reichstag entschieden widerstrebte. Der Stellungnahme der Landesregierungen war es dann zu danken, daß über den Entwurf zur dritten Steuernotverordnung hinausgehend, eine 10prozentige Auf-wertung festgelegt wurde. Dieser Satz wurde dann sowohl in den Be-sprechungen der Fraktionsführer wie im 15er Ausschuss des Reichstages von demokratischer Seite als untragbar bezeichnet, und einem demo-kratischen Vorschlag folgend wurde dann auch wenigstens die 10prozentige Aufwertung endgültig festgelegt. Auch mit dieser Regelung kam und darf m. E. das letzte Wort in dieser Frage nicht gesprochen sein. Ich halte eine weitere Erhöhung der Aufwertungsprozente für geboten. Sie kann mit der jetzigen Festsetzung schon aus moralischen Gründen nicht abgeschlossen sein. Eine Aufwertung auf mindestens 33½—40 Prozent scheint mir im Regelfalle das Richtige zu sein, wobei die Möglichkeit bleiben muß, daß über diese Grenzen hinausgehen ist, wenn das durch Hypotheken belastete Grundstück seinen vollen Wert behauptet oder noch gesteigert hat. Zweifelsfrei scheint mir zu sein, daß für diese Fragen, ähnlich wie für die Regelung der Nachfragen, ein Einigungsamt ge-bildet wird, bestehend aus Vertretern der Hypothekengläubiger und Schuldner unter einem Richter als Vorsitzenden, das im Anrufungs-falle die Entscheidung zu treffen hat. Seiner Entscheidung müßten auf An-trag eines der Beteiligten auch Fälle unterliegen, die schon früher, sei es durch Vergleich oder auf Grund eines Urteils oder auf Grund an-derer Verhältnisse geregelt sind, und wo die so getroffene Regelung eine schwere Unbilligkeit darstellt.“

Ich halte auch die Forderung, daß zunächst für Gläubiger und Schuldner eine Sperrfrist festgelegt wird, nach der der Gläubiger am Wiedereintritt des Zwangsversteuers mit seinem Gelde bezahlen oder beliebigen Sachwerte teilnimmt, für grundsätzlich richtig und werde mich dafür einsetzen.

Die Ablehnung der Aufwertung zur Sparkassenguthaben und öffent-liche Schuldverschreibungen in der dritten Steuernotverordnung darf nicht das letzte Wort sein. Der neue Reichstag wird auch hier m. E. zu einer grundsätzlichen Anerkennung, und sei es auch nur einer teilweisen Aufwertung, kommen müssen. Die Voraussetzung dafür und die Auf-nahme eines entsprechenden Zinsendienstes ist die weitere Sanierung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse. Die Fassung der Forderung des Hypothekengläubiger- und Sparerschutzbundes ist für mich durchaus annehmbar.“

Einsichtige Wähler werden daraus entnehmen, wer am kommenden Montag ihrer Stimme würdig ist.

Werttagen folgende neue Personenzüge mit 2. bis 4. Klasse:
Zug Nr. 299 W. 7,45 nachm. ab Bielefeld Hbf., 7,55 nachm.
ab Brake, 8,05 nachm. ab Herford, 8,17 nachm. an Löhne. —
Zug Nr. 300 W. 9,02 nachm. ab Löhne, 9,15 nachm. ab Herford,
9,26 nachm. ab Brake, 9,38 nachm. an Bielefeld Hbf.

H. Neuer Wirt im Waldfrieden. Man schreibt uns: Der
Waldfrieden hat einen neuen Wirt bekommen, der erfreulichen
Weise sein Wirken damit begann, daß er sämtliche Räume,
die bis dahin manchmal etwas kalt und frostig wirkten, einer
durchgreifenden Erneuerung unterworfen hat. Wer in den letz-
ten Tagen dort draußen im herrlichen Stadtwalde eingeleitet
ist, wird es gesehen haben, wie alles verschönert wird, und er
wird überrascht gewesen sein, wie gemütlich und behaglich es
dort jetzt ist. Dem neuen Pächter, Herrn Ahmann, geht der
beste Ruf voraus, so daß man jetzt Gewähr dafür hat, im
Waldfrieden nach einem stürkenden Spaziergange bei guten
Speisen und Getränken Erquickung und Erholung bei freund-
licher und aufmerksamer Bedienung zu finden.

— Die Bodjagd. Für den Regierungsbezirk Minden
endigt in diesem Jahre die Schonzeit für Rebhühner am
29. Mai, die Jagd beginnt also am 30. Mai.

H. Strafurteile des Amtsgerichts. Ein hiesiger Gastwirt
und dessen Ehefrau hatten sich am gestrigen Donnerstag wegen
Widerstands gegen die Staatsgewalt zu verantworten, weil
sie sich der Verhaftung durch eindringende Polizeibeamte,
die ein ausgemieteter Gast herbeigerufen hatte, widersetzt
hatten. Das Urteil lautete auf 180 bzw. 20 Goldmark. —
Ein gewisser Sch. aus Bad Pyrmont, der auf dem Transport
vom hiesigen Zellengefängnis nach einer anderen Strafanstalt
gemeinsam mit anderen Gefangenen zu entweichen ver-
suchte, erhielt 6 Monate Gefängnis wegen Missetat. Der
Strafaußschuß ist von Zahlung einer Buße in Höhe von
150 Goldmark abhängig. — Der Angeklagte K., der unbefugt
in den städtischen Waldungen trockenes Holz gesägt
hatte, wurde zu 100 Goldmark ersahweise 20 Tagen Gefängnis
verurteilt. — Ein Bettler muß eine Haftstrafe von 1 Woche
verbüßen. — Der mehrfach vorbestrafte Fürsorger J. g.
l. i. g. Schwarz, der bei einem Landwirt in Wallenbrück unter-
gebracht war und dort zwei Einbrüche verübt hatte, bei denen
er Kleidungsstücke entwendete, erhielt eine Gefängnisstrafe
von 7 Monaten. — Wegen Beihilfe zum Einbruch d. b.
sta. h. wurde ein L. zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. —
Wegen gefährlicher Körperverletzung wurde ein jüngerer
Mann zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, der im Jahre
1919 in einer Herforder Wirtschaft einem jungen Mädchen
ein Messer in den Rücken gestochen hatte, das zum Glück an
der Korsettstange abgeprallt war.

— Das Lichtspielhaus „Wittelin“ hat ein ganz besonders
ansehnliches Programm von heute ab, dessen Betrachtung nur
jedem recht warm empfohlen werden kann. Es bringt in

erster Linie den unvergleichlich schönen Film „Wilhelm Tell“,
der in seiner prächtigen Inszenierung auf den Zuschauer einen
gewaltigen Eindruck macht. „Wir wollen sein ein einzig Volk
von Brüdern.“ — die Schweizer fanden damals den Weg
zu ihrer Rettung aus grausamer Tyrannenmacht, wie steht's
bei uns? Man sollte diesen Film mit seiner mahnenden For-
derung auf sich wirken lassen, ehe man an die Wahlurne geht.
— Eine weitere besondere Zugkraft des Lichtspielhauses Witte-
lin ist das persönliche Auftreten des deutschen Charlie
Chaplin in diesen Tagen, der an sich schon die nötige An-
ziehungskraft ausüben wird.

— Im „Herforder Hof“ findet morgen abend ein Gesell-
schaftsabend statt. Herren haben nur in dunklem Anzug zu
dieser Veranstaltung Zutritt.

Schwarzenmoor. Das Fest ihrer Silbernen Hochzeit begehen am
kommenden Sonntag die Eheleute Wilhelm Steffener, Schwar-
zenmoor 165. Dem tüchtigen Jubelpaar für weitere glückliche 25 Jahre
die besten Wünsche!

Kurtheater Bad Dohna.

Man schreibt uns: Das Theater eröffnet am Sonnabend, 3. Mai,
mit der klassischen Operette „Die Fledermaus“ von Strauß ihre dies-
jährige Sommerpielzeit unter der neuen Direktion Curt Grebin. Es
sind nur erstklassige Mitglieder engagiert, und den Vorstellungen wird
eine glänzende Ausstattung zuteil. Der Beginn der Vorstellungen ist
Donnerstags 7½, und Sonntags 7½ Uhr. Die Kassentuben sind vor-
mittags von 10—12½ und nachmittags von 6—8 Uhr. Telefonische
Bestellungen werden ab Nr. 281 entgegengenommen. Der Vorverkauf
findet immer zwei Tage vor jeder Vorstellung statt.

Aus Nachbarschaft und aller Welt

mit. Frankfurt a. M. In der Nacht wurde der Student Alfred
Korred in der Westendstraße von bisher unbekannten Personen über-
fallen, wobei ihm der Schädel gespalten wurde, so daß er kurz nach der
Einführung ins städtische Krankenhaus verstarb.

Hildesheim. Nachdem die Hildesheimer städtischen Kollegien in ihrer
letzten Sitzung einstimmig der Auffassung waren, daß der Wohnungsbau
jezt mit allen Mitteln gefördert werden müsse, hat der Magistrat be-
schlossen, im Anschluß an das Damerheim ein Beamtenwohnhaus mit
sieben Vierzimmerwohnungen zu erbauen. Diese Wohnungen sollen nur
für städtische Beamte und Angestellte freigegeben werden. Ferner sollen
5 Wohnbaracken, die vom Militärlager Schönen zum Zwecke der Ver-
wendung als Notwohnungen angeboten sind, aufgestellt werden. In den
Baracken werden sich etwa 18 Drei- und Vierzimmerwohnungen unter-
bringen lassen. Diese 18 Notwohnungen erfordern einen Kostenbetrag
von 45 000 M.

mit. Atlanta (Georgia). Ein Wirbelsturm suchte am frühen Morgen
mehrere südöstliche Städte heim. Bisher sind 48 Tote und 130 Ver-
letzte gemeldet. Der Schaden wird auf mehrere Mill. Dollar geschätzt.

Wirtschaftsleben

Dollar = 4,2 Billionen.

Berlin, 1. Mai. In noch stärkerem Ausmaße als gestern haben sich die Anforderungen an den Devisenmarkt vermindert. Die Abnahme des Bedarfs erstreckt sich auch heute nicht nur auf die Nebenvaluten, sondern in verhältnismäßig beträchtlichem Umfange auch auf die Hauptdevisen. Im allgemeinen kann man wohl annehmen, daß sich zurzeit der Bedarf gegenüber den stärksten Anforderungen, die in den letzten Monaten an den Devisenmarkt gestellt wurden, um etwa ein Drittel vermindert hat.

Im großen und ganzen bleibt die Mark im Auslande weiterhin fest.

Berliner Börse vom 1. Mai.

Die freundlichere Grundstimmung, die sich im gestrigen Börsenverlauf gezeigt hatte, hielt auch heute an. Das Geschäft war aber gegenüber gestern bemerkenswert ruhiger. Die Aufbesserungen der ersten Kurse waren zwar gering und gingen nur in den seltensten Fällen über 2 hinaus. Die Stimmung ist dabei aber durchaus freundlich. Es waren heute verschiedene Kaufordere aus dem Ausland und dem Rheinland eingelaufen. Diese Tatsache sowie die Beruhigung über den glatt überwindenen Ultimo gaben auch der Spekulation vereinzelt Anlaß zu Käufen. Neue Infolenzen wurden auch heute nicht genannt. Im weiteren Verlauf zeigten sich infolge Glättstellungen und Gewinnrealisationen hin und wieder kleine Kursabbröckelungen.

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 1. Mai. Die Berliner Produktenbörse vertehrte heute in sehr stiller Haltung. In den letzten Tagen sind vielfach große Mahlabungen an Roggen von der Warthe, aus Pommern, Mecklenburg und Schleien hier eingetroffen, die jedoch kaum Unterkunft finden. Die Preise zeigen weiche Tendenz, was auch bezüglich des Hafers gilt. Gerste, von der wieder fujawisches Material am Markte ist, lag infolge des

bei den Brennereien herrschenden Kapitalmangels gleichfalls sehr still.

Es notierten: Weizen märk. 170—175, Roggen märk. 127 bis 134, Futtergerste 155—170, Sommergerste 170—190, Hafer märk. 126—135, Weizenmehl 24,25—26,25, Roggenmehl 19,75—22,25, Weizenkleie 10,40, Roggenkleie 8,90—9,20, Raps 320, Leinsaat 420, Viktoriaerbsen 26—27, kleine Speiserbsen 15—16, Futtererbsen 12—13, Pelusiden 11—12, Ackerbohnen 14—16, Widen 12—13, Lupinen blaue 12—12,50, gelbe 16—16,50, Geradella 12—13,50, Rapsfuchen 11,20, Leinfuchen 21, Trodenfuchsel 10,40—10,60, Kartoffelflocken 24,50—25.

mit. Nürnberg, 1. Mai. Die Nordbayerische Handels- und Gewerbebank hat wegen eingetretener Zahlungsstörungen Geschäftsaufsicht beantragt.

mit. Hamburg, 1. Mai. Die Verwaltung der im April 1922 gegründeten Elbe-Bank A.-G. in Hamburg hat die Geschäftsaufsicht über das Unternehmen beantragt, da sie nicht voraussetzende Ausfälle teilweise dadurch erlitten habe, daß Kunden ihren Engagements per Ultimo April nicht nachgekommen seien. Die Verwaltung der Bank bezeichnet den Status des Unternehmens als derart, daß das Geschäft voraussichtlich ohne Schädigung Dritter abgewendet werden kann.

Deutschlands Kohlenproduktion im März.

Vom Statistischen Reichsamt werden jetzt die Förderziffern des deutschen Bergbaus für März bekanntgegeben. Danach wurden 10,82 Mill. To. Steinkohle gegen 7,78 im B. und 11,36 im Jahre 1913 gefördert. Die Braunkohlenproduktion betrug 10,39 Mill. To. gegen 11,46 bzw. 6,7 Mill. To., die Kokszeugung 2,1 Mill. To. gegen 1,93 bzw. 2,52 Mill. To., die Steinkohlen-Brikettbereitung 0,29 gegen 0,20 bzw. 0,43 Mill. To. und die Braunkohlen-Brikettbereitung 2,46 gegen 2,70 bzw. 1,63 Mill. To. Diese Zahlen beziehen sich alle auf das gesamte Deutsche Reich ohne Saargebiet. Wie die Ziffern erkennen lassen, ist erfreulicherweise die Vorkriegsproduktion in fast allen Sorten nahezu erreicht.

Benachrichtigung für den Inhalt: der Herausgeber und Verleger Dr. Kuhnle; für die Anzeigen: Dr. Bierstedt; beide in Berlin. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streit hat weder der Verleger noch der Inhaber Anspruch auf Nachlieferung oder Entschädigung.

Versteigerung.

Am Sonnabend, den 3. Mai, mittags 12 Uhr, werde ich beim Gerichtsdirektor (früher Defins) Bergedorf

1 Salonschrank, 1 Damenschreibtisch, 1 Salonstisch, 1 Vertikal, 1 Spiegel mit Konsolenschränken, 1 Büffet, 1 Ausziehtisch, 1 Serviertisch, 4 Tische, 2 Sofas, 2 Sessel, 1 Plurarderode, 2 Röhrenschränke, 2 Kommoden, 12 Stühle, 1 Topfschrank, 5 Bettstellen mit Matratzen, 1 Wäschemangel, 2 Oefen, 1 Kochherd, 1 Regulator, die gute Kleidungsstücke, Schuhe und div. Haus- und Küchengeräte meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Hob. Formel, Auktionator,
Hollandsstraße 43.

Amtliche Bekanntmachungen des Landkreises Herford.

Tuberkulose-Fürsorgestelle des Kreises Herford.

Unentgeltliche ärztliche Beratung

und zwar in

Herford (Nagarenerhaus beim Kreiskrankenhaus)

für das Amt Herford-Giddenhäusen jeden Dienstag

von 1—2 Uhr nachmittags;

für das Amt Gohfeld-Rennighäusen jeden Dienstag

von 2—3 Uhr nachmittags;

im Pflegehaus in Enger

für das Amt Enger jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat,

vormittags 12½ Uhr;

im Rathaus zu Bünde

für die Stadt Bünde, die Renter Emmigloh, Kirchlegern und Röhling-

hausen jeden Mittwoch von 9—10 Uhr vormittags;

in der Kleinkinderschule in Blottho

für das Amt Blottho jeden 1. und 3. Freitag im Monat,

10 Uhr vormittags.

Kreiswohlfahrtsamt Herford-Land.

Landwirte!

Von der „Bielefelder Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Flachs-Anbaues“ wird auch in diesem Jahre wieder sehr gute

Leinsaat zum Preise von 0,56 Mk. pro Kilo

abgegeben. Diejenigen Landwirte, welche Bedarf daran haben, wollen sich bitte bei der unterzeichneten Firma melden.

Friedrich-Wilhelms-Bleiche A.-G.

Flachsstänalt, Brackwede bei Bielefeld.

Bekanntmachung.

Erfimpfung.

Alle Eltern, Pflegeeltern und Vormünder von noch ungeimpften Kindern werden hierdurch aufgefordert, diese am

Freitag, den 2. Mai 1924, Montag, den 5. Mai 1924, Dienstag, den 6. Mai 1924, Mittwoch, den 14. Mai 1924 und Freitag, den 18. Mai 1924

zwischen 9 und 4½ Uhr nachmittags im Impflok für Erstimpfungen (Zeichensaal der Bürgerschule Wilhelmshafen) zur Impfung vorzustellen.

Soweit besondere Vorbedingungen aufgestellt werden, sind die in diesen angegebenen Stunden genau imzuhalten.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß alle bereits zweimal von der Impfung zurückgestellten Kinder, d. h. die 1921 und früher geborenen, nur von dem zuständigen Impfarzt, Stadtarzt Dr. Siebert, weiterhin von der Impfung zurückgestellt werden dürfen.

Die Nichtbeachtung dieser Aufforderung wird auf Grund des Reichs-Impfgesetzes vom 8. 4. 1874 mit Geldstrafe bis zu 150 Goldmark bestraft werden. Außerdem wird die Impfung gegebenen Falls zwangsweise durchgeführt werden.

Herford, den 14. April 1924.

Die Polizei-Verwaltung.

Kaufmann sucht für 4—6 Wochen möbl. Zimmer evtl. mit voller Pens. Angebote unter Nr. 2196 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Schenken Sie

bitte diesem Angebot Ihre ganze Aufmerksamkeit!

Sommerstoffe:

Musseline in wunderschönen Farbstellungen von 98 an

Wollmusseline nur moderne Muster von 2 an

Frotté, die grosse Mode Qualität u. Muster unerreicht, von 2 an

Voll-Voile, 110 cm, beste Schweizer Ware 270

Damenmäntel:

Covercoat-Mäntel Deutsche Welle 16⁵⁰

Donegal-Mäntel 120 cm lang 16⁵⁰

Alpaca-Mäntel schwarz und blau 21⁰⁰

Regen-Mäntel gute imprägnierte Ware 19⁵⁰

Kleiderstoffe:

Blusenstreifen reine Welle, weissgründig 4⁷⁵

Kleiderkaros reine Welle, schöne Muster 3⁶⁰

Popeline, 105 cm, gute gewirte Ware 5⁹⁵

Gabardine in verschiedenen Farben 7²⁵

Strümpfe:

Florstrümpfe schwarz, beige, grau, braun 58

Seidenflor in Qualität, dopp. Sohle u. Ferse 1⁸⁵

Maccostrümpfe schwarz, grau, beige 1³⁵

Herrn-Socken in verschiedenen Farben 1²⁵

Badewäsche / Bademäntel.

Wemmer Nachf.



In guten und in schlechten Zeiten wird Pils uns stets freud bereiten.

Pils

ADOLF REISS - PILSABRIK - MANNHEIM

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen

Schneider

sowie zwei fere

Handnäherinnen

für dauernde u. lohnende Beschäftigung.

Alfred & Walter Dreisoldt, Diebroderstr. 45.

Kapitalien

nicht unter 20000 G.-M.

gegen gute Sicherheiten zu

vergeben.

Angebote unter 2212 an

die Geschäftsst. d. Zeitung.

Son es gewöhnlich

frühe

für Stofflager

g e f u h t.

Geft. Angebote unter 2214

an die Geschäftsst. d. Big

Technikum Lemgo (Lippe)

Mithers technisches Lehr-

anstalt. Staatskommission

Kurttheater

Bad Deynhäusen.

Sonabend, den 3. Mai,

7½ Uhr

Die Fledermaus

Operette von Straus

Sonntag, den 4. Mai,

7½ Uhr

Die Fledermaus

Operette von Straus

Montag, den 5. Mai,

7½ Uhr

Der Selbstmörder

Operette in 3 Akten.

Sonnabend, den 3. Mai, abends 8½ Uhr spricht im Evang. Vereinshaus

Staatsminister Rönneburg

unser Spitzenkandidat.

Deutsche demokratische Partei.

Herforder Zeitung

Bezugspreis
halbjährlich 1.— M.
Die Zeitung erscheint täglich,
außer Sonn- u. Feiertag,
mittags.

für Stadt



und Land

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83
Postfachkonto Nr. 5706
Schiedsamt Hannover

Anzeigenpreis:
Preis für die 1 spaltige Zeile
meterweise od. deren Raum für
Stadt und Landkreis Herford
10 Goldpfennig;
Kellern
50 Goldpfennig.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Allmählicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 103

Herford, Freitag, den 2. Mai 1924

42 Jahrgang

Neue Inflation.

Sie steht vor der Tür.

Die Rechtsradikalen haben den traurigen Mut, der Reichsregierung bei der Vertretung der nationalen Interessen gegenüber dem Ausland in den Rücken zu fallen, indem sie die Behauptung aufstellen, daß sie überhaupt nicht legitimiert sei, für das deutsche Volk zu sprechen. Sie suchen den Anschein zu erwecken, als ob nach den Wahlen eine ganz anders orientierte Regierung aus Ruher käme, die mit den Sachverständigen-Gutachten kurzen Prozeß machen werde.

Glücklicherweise hat diese Sabotage-Politik, wie die „Voss. Ztg.“ zutreffend sagt, bis jetzt im Ausland nicht den Eindruck gemacht, den man befürchten muß. Wenn die rechtsradikalen Drohungen und Großsprechereien draußen ernst genommen würden, so wäre die Mark in den letzten Wochen in eine unaufhaltsame Abwärtsbewegung geraten, weil kein Mensch auch nur einen Pfennig auf ein Deutschland geben würde, dessen Geschick irgendwie von der gewissenlosen Demagogie der rechtsradikalen Gruppen abhängig wäre. Tatsächlich vertraut man aber im Ausland — und wie wir glauben, mit Recht — auf den gesunden Sinn des deutschen Volkes, auf seine in den gefährlichsten Krisen seit 1918 immer wieder bewährte Mäßigkeit, Vernunft und Selbstlosigkeit. Dementsprechend ist die Mark im Augenblick fester als je. Sie wird in New York gleichwertig mit der Dollarparität gehandelt. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß dieser Zustand keineswegs unerschütterlich ist. Er beruht im Augenblick noch mehr auf Hoffnungen und Möglichkeiten, als auf gesicherten Tatsachen. Erst die echte Goldwährung gibt die Aussicht auf eine dauernde Stabilisierung. Ihre Voraussetzung aber ist die Gewährung der Auslandsanleihe, über die gegenwärtig die maßgebenden amerikanischen und englischen Bankiers verhandeln. Wenn das deutsche Volk die Ratsschlüsse Westarps und Wulle befolgte, wäre im selben Augenblick jede Anleihemöglichkeit zerstört und damit auch der unter so unendlichen Opfern und Mühen erkämpfte Sieg über den Hindenburg der Inflation entwertet. Wer Westarp-Wulle wählt, wählt die Währungs-katastrophe, gegen die es ein zweites Mal kein Rettungsmittel gibt. Kein Schacht könnte uns aus diesem neuen Abstieg erneut ans Licht führen!

Die deutschvölkische und deutschnationale Parole gegen die Sachverständigen-Gutachten ist aber auch gleichbedeutend mit einem offenen Verrat an den bedrohten Westgebieten des Rheins. Sie ist nichts anderes als eine Neuauflage der sogenannten „Verfälschungspolitik“, die von den Rechtsparteien vor einigen Monaten verfolgt wurde. Danach sollte das Deutsche Reich das besetzte Gebiet seinem Schicksal überlassen, alle Zahlungen und Leistungen einstellen, die das Los der Menschen an Rhein und Ruhr noch einigermaßen erträglich machten, und es den Feinden überlassen, die „Verantwortung“ für die Millionen von Opfern einer solchen Politik zu tragen. Dieser Politik sind die Parteien der Mitte, insbesondere die Demokraten unter Führung des Justizrats Falk in Köln, mit leidenschaftlicher Energie entgegengetreten. Und mit Erfolg.

Was jetzt von rechtsradikaler Seite betrieben wird, ist nichts anderes als eine neue Drückebergerei, bei der das unbefestete Deutschland sich auf Kosten des besetzten Gebietes von den Lasten freihalten will. Ob eine solche Politik auch für das unbefestete Deutschland, einschließlich der ostelbischen Gutsbesitzer, nicht der reine Selbstmord wäre, sei einmal dahingestellt. Sicher ist aber, daß die Ablehnung der von den Sachverständigen vorgelegten Reparationsregelung die Verurteilung des besetzten Gebietes bedeuten würde, den Franzosen und Belgiern als Objekt eines rücksichtslosen Raubbaus zu dienen. Die unerträglichen Mißumstände, deren Verlängerung von deutscher Seite nur in der Hoffnung auf eine Allgemeinregelung erfolgte, würden mit ungemeinlicher Schärfe zur Auswirkung gelangen, ein Erpressungs- und Kontributionsystem einsetzen, das die ganze Bevölkerung des Westens berauben würde.

Es ist unmöglich, daß die rechtsradikalen Führer diese Konsequenzen ihrer Ratsschlüsse nicht sehen. Johannes Hofseld sagt in seiner „Geschichte des Deutschen Reichs“ über das Verhalten des preussischen Königs Friedrich Wilhelm III. vor den Befreiungskriegen, er habe lieber als unumschränkter Monarch östlich der Elbe regieren, als die Wiedergewinnung des ganzen Landes den freiheitlichen Kräften seines Volkes danken wollen. Sollte es auch diesmal Leute geben, die lieber deutsches Land preisgeben, als die materiellen Lasten der Befreiungspolitik mittragen wollen? Wenn es solche Leute gibt, so wird ihnen die Übergabe der Mehrheit des Volkes mit den Worten erwidert: „Das ganze Deutschland soll es sein!“

Das Neueste vom Tage

Der erste Mai ist in Deutschland ohne nennenswerte Störungen verlaufen. In zahlreichen Städten war von Arbeitsruhe überhaupt nichts zu merken.

Zur Reichstagswahl sind 486 Kreiswahlvorschläge gegen 296 im Jahre 1920 und 23 Reichswahlvorschläge (15) eingereicht. Man schätzt die Kosten der Reichstagswahl auf 1½ bis 2 Millionen Mark.

In Barmen hat die evangel. Schulgemeinde gestern einen Schultreik erklärt, wahrscheinlich um dadurch Druck und Autorität zu stärken.

Im englischen Unterhaus kam es gestern zu einer Aussprache wegen der Entförmung und brutalen Ausweisung deutscher Staatsangehöriger im besetzten Gebiet. Die englische Regierung ließ erklären, daß die französisch-belgischen Brutaltäten dauernd ihre Aufmerksamkeit beschäftigten.

Wie der holländische Finanzminister mitgeteilt hat, schließt das holländische Budget mit einem Fehlbetrag von 40 Millionen Gulden ab.

Die belgischen Minister Theunis und Symans sind nach London abgereist, um mit der britischen Regierung über die Reparationsfrage zu konferieren.

Juden im Heer.

Generalsstabler als Zeugen.

Gegenüber den Beschuldigungen, die im politischen Kampf gegen das Verhalten der Juden an der Front erhoben werden, verweisen wir hier auf die Tatsachen, die sich im vierten Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses ergeben haben.

In diesen Verhandlungen brachte der deutschnationale Abgeordnete Dr. Philipp einige persönliche Erlebnisse vor, aus denen die besondere Feigheit und militärische Unfähigkeit der jüdischen Soldaten hervorgehen sollte. Demgegenüber erklärte der Sachverständige General v. Kuhl, der Generalsstabschef der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht, der auch Ludendorff besonders nahe stand, unter seinem Eid:

„Meine persönlichen Erfahrungen und die Erfahrungen, die mir von anderen übermittelt worden sind, lassen erkennen, daß die Juden an der Front ebenso gut ihre Schuldigkeit getan haben, wie die andern auch.“

Der zweite Sachverständige, Oberstleutnant v. Stilpnagel, erklärte:

„Ich möchte scharf unterstreichen, was Exzellenz v. Kuhl eben sagte. Ich habe als junger Generalsstabsoffizier bei der sechsten preussischen Division die Erfahrung gemacht, daß diejenigen Juden, die an der Front waren, ihre vollste Pflicht und Schuldigkeit getan haben. Ich will erwähnen, daß es mir eine Freude war, als unter den ersten auch einem Juden das Eisene Kreuz verliehen wurde.“

Der dritte Sachverständige schließlich, Oberst Schwertfeger, sagte aus:

„Ich habe im Kriege jahrelang Gelegenheit gehabt, die Verhältnisse im Generalgouvernement Belgien kennen zu lernen, das als Etappe angesehen ist. Im Bereiche des Generalgouvernements Belgien waren natürlich an verschiedenen Stellen besonders der politischen Verwaltung und der wirtschaftlichen Behörden Angehörige der jüdischen Religion, und es ist damals auch verschiedentlich an das Generalgouvernement mit dem Wunsch herangetreten worden, da eine stärkere Ausstammung im Sinne der Abgabe an die Front vorzunehmen. Es stellte sich dann aber in den meisten Fällen heraus, daß diese Herren auf dem Posten, auf dem sie waren, wirklich unentbehrlich waren und durch bessere und eingearbeitetere Persönlichkeiten nicht ersetzt werden konnten, so daß sich auch die Mißstimmung, die gelegentlich darüber auch in Offizierskreisen geherrscht hat, verhältnismäßig bald gab, weil im einzelnen nachgewiesen werden konnte, daß man nicht in der Lage war, diese Leute aus ihrer Stellung zu entfernen und durch gleichwertige zu ersetzen. Eine gleichwertige Persönlichkeit war in den meisten Fällen nicht vorhanden, und infolgedessen mußte es beim alten bleiben.“

Durch diese eidlischen Befundungen wird von autoritativer Seite widerlegt, womit Deutschnationale und Deutschvölkische seit Jahren agitieren gehen und womit sie auch im Wahlkampf wieder anrücken. Wir nehmen nicht an, daß die Agitatoren selbst von diesen Tatsachen Kenntnis nehmen werden, denn das hieße ja, ihr wichtigstes Handwerkszeug beiseite legen. Aber die Wähler können an diesen Erklärungen deut-

scher Generalsstabsoffiziere wieder einmal erkennen, wie es mit der Wahrheitsliebe und den Argumenten der Rechtsparteien bestellt ist.

Nicht deutsch — sondern norddeutsch.

Der Bahnwitz völkischer Agitatoren.

Wohin der Bahnwitz der Rassenpolitik führt, das zeigt ein Aufsatz, den die „Deutsche Zeitung“ aus der Feder eines Dr. Rüttnid veröffentlicht. Bisher hatte man meistens angenommen, daß die Völkischen in ihrem Kampfe gegen die Fremdstämmigen im allgemeinen und die Juden im besonderen das ganze deutsche Volk als die bevorzugte Rasse betrachteten, der die Herrschaft über die Welt gebühre und die deshalb von Beimischungen anderer Rassen freigehalten werden müsse. Jetzt belehren uns aber die extremen Völkischen, daß mit Erreichung dieses Zieles noch nicht Alles getan ist, sondern das es nur einen bestimmten Teil von Deutschen gibt, der den Anspruch auf die Herrschaft erheben kann. Dr. Rüttnid schreibt darüber: „Weil das deutsche Volk seiner Blutanlage nach besser ist als das jüdische, als das französische, als das slavische, verlangen wir für das deutsche Volk eine Führung durch Deutsche. In dem Augenblick, wo wir die Gleichheit alles Daseins, was Menschenanfällig trägt, ablehnen, sind wir aristokratisch eingestellt. Nun hat Günther (Rassentunde des deutschen Volkes) unendlich vielen Volksgenossen die Augen darüber geöffnet, daß das deutsche Volk rassennäßig sehr verschieden ist, daß in Deutschland außer den Juden vier verschiedene Rassen nebeneinander bestehen, und daß die nordische Rasse die beste ist. Es ergibt sich daraus die Forderung der Völkischen, den nordischen Teil des deutschen Volkes zu erhalten und ihm die Führung zu sichern.“

Daß du die Rasse ins Gesicht behältst! Was werden übrigens die bayerischen Nationalsozialisten zu dieser Herabsetzung ihrer Rasse sagen?

Deutschnationale gegen Abbau höherer Beamter.

Die deutschnationalen Abgeordneten Dr. v. Aries (Boisdam), Lüdicke und Weisermel beklagen sich in einer kleinen Anfrage im preussischen Landtag darüber, daß bei der Regierung in Schleswig sechs höhere Verwaltungsbeamte abgebaut worden sind. Nach ihrer Ansicht ist der Abbau gegenüber der Geschäftsbelastung der Regierung zu stark. Besonders bitten erscheint ihnen der Abbau deshalb, weil fünf der Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei angehören und der sechste ihr politisch nahesteht.

Es ist bezeichnend, daß die Deutschnationalen so sehr besorgt darüber sind, daß der Geschäftsgang bei der Regierung durch ein zu erhebliches Ausschneiden von höheren Beamten in Unordnung geraten könnte. Die Furcht, daß zuviel höhere Beamte ausscheiden müssen, erscheint schon deshalb unbegründet, weil es doch gerade höhere Beamte sind, die den Abbau durchführen. Die Beamten fordern mit Recht, daß der Abbau oben beginnen soll, denn nur dann ist er wirksam. Für die Beamten wird es von Interesse sein, zu sehen, wie die Deutschnationalen sich einseitig als Schützer der höheren Beamten aufzuspielen suchen, wahrhaftig nicht aus sachlichen Gründen und im Interesse der höheren Beamtenschaft überhaupt. Denn man darf mit Recht fragen, ob ihre Besorgnis vor dem Abbau eine gleich große sein würde, wenn die höheren Beamten in erheblicherem Umfang überzeugte Diener der Republik wären, der sie den Eid geleistet haben und deren Brot sie nicht verschmähen.

Die Konfessionsschule als Regelschule.

D. R. P. und Volksschule.

Die Deutsche Volkspartei, die in der Schulfrage bisher eine klare Stellungnahme nicht erkennen ließ, hat kurz vor der Wahl ihr wahres Schulziel enthüllt. In Nr. 8 ihrer im Wahlbezirk Westfalen-Nord herausgegebenen Wahlzeitung „Kampfblatt für Vaterland und Freiheit“ beantwortet sie unter der Überschrift Deutsche Kultur und Deutsche Volksschule u. a. die Frage: „Wie steht die Deutsche Volkspartei zur Schule?“ mit der programmatischen Erklärung: „Sie fordert die konfessionelle Schule als Regelschule. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist zu berücksichtigen.“ — Damit gibt die Deutsche Volkspartei die im § 146 Abs. 1 der Reichsverfassung als Regelschule festgelegte Ge-

mit. Atlanta (Georgia). Ein Wirbelschiff suchte am 13. d. M. mehrere südöstliche Städte heim. Bisher sind 48 Tote und 130 Verletzte gemeldet. Der Schaden wird auf mehrere Mill. Dollar geschätzt.

Wirtschaftsleben

Dollar = 4,2 Billionen.

Berlin, 1. Mai. In noch stärkerem Ausmaße als gestern haben sich die Anforderungen an den Devisenmarkt vermindert. Die Abnahme des Bedarfs erstreckt sich auch heute nicht auf die Nebenvaluten, sondern in verhältnismäßig beträchtlichem Umfange auch auf die Hauptdevisen. Im allgemeinen kann man wohl annehmen, daß sich zurzeit der Devisenmarkt gegenüber den stärksten Anforderungen, die in den letzten Monaten an den Devisenmarkt gestellt wurden, um etwa ein Drittel vermindert hat.

Im großen und ganzen bleibt die Mark im Auslande weiterhin fest.

Berliner Börse vom 1. Mai.

Die freundlichere Grundstimmung, die sich im gestrigen Börsenverlauf gezeigt hatte, hielt auch heute an. Das Geschäft war aber gegenüber gestern bemerkenswert ruhiger. Die Aufbesserungen der ersten Kurse waren zwar gering und gingen nur in den letzten Stunden über 2 hinaus. Die Stimmung ist dabei aber durchaus freundlich. Es waren heute verschiedene Kaufordere aus dem Ausland und dem Rheinland eingelaufen. Diese Tatsache sowie die Beruhigung über den glatt überwindenen Ultimo gaben auch der Spekulation Gelegenheit Anlaß zu Käufen. Neue Infolenzen wurden auch heute nicht genannt. Im weiteren Verlauf zeigten sich infolge Marktstellungen und Gewinnrealisationen hin und wieder kleine Kursabbröckelungen.

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 1. Mai. Die Berliner Produktenbörse verkehrte heute in sehr stiller Haltung. In den letzten Tagen sind wieder große Rohmengen an Roggen von der Warthe, aus Pommern, Mecklenburg und Schlesien hier eingetroffen, die jedoch kaum Unterkunft finden. Die Preise zeigen weichen Tendenz, was auch bezüglich des Hafers gilt. Gerste, von der wieder fujawisches Material am Markte ist, lag infolge des

bei den Brennerien herrschenden Kapitalmangels gleichfalls sehr still.

Es notierten: Weizen märk. 170—175, Roggen märk. 127 bis 134, Futtergerste 155—170, Sommergerste 170—190, Hafer märk. 126—135, Weizenmehl 24,25—26,25, Roggenmehl 19,75—22,25, Weizenkleie 10,40, Roggenkleie 8,90—9,20, Raps 320, Leinsaat 420, Bittoriaerbsen 26—27, kleine Speiserbsen 15—16, Futtererbsen 12—13, Felschfahen 11—12, Ackerbohnen 14—16, Widen 12—13, Lupinen blaue 12—12,50, gelbe 16—16,50, Seradella 12—13,50, Rapsstuden 11,20, Leinfuchsen 21, Trockenschnitzel 10,40—10,60, Kartoffelflocken 24,50—25.

mtb. Nürnberg, 1. Mai. Die Nordbayerische Handels- und Gewerbebank hat wegen eingetretener Zahlungsstörungen Geschäftsaufsicht beantragt.

mtb. Hamburg, 1. Mai. Die Verwaltung der im April 1922 gegründeten Elbe-Bank A.-G. in Hamburg hat die Geschäftsaufsicht über das Unternehmen beantragt, da sie nicht voraussetzende Ausfälle teilweise dadurch erlitten habe, daß Kunden ihren Engagements per Ultimo April nicht nachgekommen seien. Die Verwaltung der Bank bezeichnet den Status des Unternehmens als derart, daß das Geschäft voranschreitlich ohne Schädigung Dritter abgewendet werden kann.

Deutschlands Kohlenproduktion im März.

Vom Statistischen Reichsamt werden jetzt die Förderziffern des deutschen Bergbaus für März bekanntgegeben. Danach wurden 10,82 Mill. To. Steinkohle gegen 7,78 im B. und 11,36 im Jahre 1918 gefördert. Die Braunkohlenproduktion betrug 10,39 Mill. To. gegen 11,46 bzw. 6,7 Mill. To., die Kokszeugung 2,1 Mill. To. gegen 1,93 bzw. 2,52 Mill. To., die Steinkohlen-Brikettherstellung 0,29 gegen 0,20 bzw. 0,43 Mill. To. und die Braunkohlen-Brikettherstellung 2,46 gegen 2,70 bzw. 1,63 Mill. To. Diese Zahlen beziehen sich alle auf das gesamte Deutsche Reich ohne Saargebiet. Wie die Ziffern erkennen lassen, ist erfreulicherweise die Vorkriegsproduktion in fast allen Sorten nahezu erreicht.

Verantwortlich für den Inhalt: der Herausgeber und Verleger Dr. K. H. K. für die Anzeigen: Dr. Bierstedt; beide in Gerdorf. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik hat weder der Verleger noch der Inserent Anspruch auf Nachlieferung oder Entschädigung.

Versteigerung.

Am Sonnabend, den 3. Mai, mittags 12 Uhr, werde ich beim Gopwirt Häge (früher Dellus) Bergedorf

1 Salonschrank, 1 Damenschreibtisch, 1 Salonisch, 1 Peristyle, 1 Spiegel mit Konjolschrank, 1 Büffet, 1 Ausziehtisch, 1 Serviertisch, 4 Tische, 2 Sofas, 2 Sessel, 1 Plurarderobe, 2 Küchenschränke, 2 Kommoden, 12 Stühle, 1 Topfschrank, 5 Bettstellen mit Matratzen, 1 Wäschemangel, 2 Öfen, 1 Kochherd, 1 Regulator, die gute Kleiderkiste, Schuhe und div. Haus- und Küchengeräte meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Kob. Jormel, Auktionator,
Hollandsstraße 49.

Amtliche Bekanntmachungen des Landkreises Herford.

Tuberkulose-Fürsorgestelle des Kreises Herford.

Unentgeltliche ärztliche Beratung

und zwar in

Herford (Nazarerhaus beim Kreistrandenhaus)

für das Amt Herford-Giddenhäusen jeden Dienstag von 1—2 Uhr nachmittags;

für das Amt Gohfeld-Rennighäusen jeden Dienstag von 2—3 Uhr nachmittags;

im Pflegehaus in Enger

für das Amt Enger jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, vormittags 12½ Uhr;

im Rathaus zu Bünde

für die Stadt Bünde, die Aemter Ennigloh, Kirchlengern und Rablinghausen jeden Mittwoch von 9—10 Uhr vormittags;

in der Kleinkinderschule in Blotho

für das Amt Blotho jeden 1. und 3. Freitag im Monat, 10 Uhr vormittags.

Kreiswohlfahrtsamt Herford-Land.

Landwirte!

Die „Bielefelder Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Flachs-Anbaues“ wird auch in diesem Jahre wieder sehr gute

Leinsaat zum Preise von 0.56 Mk. pro Kilo

abgegeben. Diejenigen Landwirte, welche Bedarf haben, wollen sich bitte bei der unterzeichneten Firma melden.

Friedrich-Wilhelms-Bleiche A.-G.

Flachsstäutalt, Brackwede bei Bielefeld.

Bekanntmachung.

Erfimpfung.

Alle Eltern, Pflegeeltern und Vormünder von noch ungeschulten Kindern werden hierdurch aufgefordert, sich am

Freitag, den 2. Mai 1924, Montag, den 5. Mai 1924, Dienstag, den 6. Mai 1924, Mittwoch, den 14. Mai 1924 und Freitag, den 16. Mai 1924

zwischen 8 und 4½ Uhr nachmittags im Impflokale für Erfimpfungen (Zeichensaal der Bürgerschule Wilhelmstraße) zur Erfimpfung vorzustellen.

Soweit besondere Vorladungen aufgestellt werden, sind die in diesen angegebenen Stunden genau innezuhalten.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die bereits zweimal von der Erfimpfung zurückgestellten Kinder, d. h. die 1921 und früher geborenen, nur von dem zuständigen Impfamt, Stadtarzt Dr. Siebert, weiterhin von der Erfimpfung zurückgestellt werden dürfen.

Die Nichtbeachtung dieser Aufforderung wird auf Grund des Reichs-Erfimpfgesetzes vom 8. 4. 1874 mit Geldstrafe bis zu 150 Goldmark bestraft werden. Außerdem wird die Erfimpfung gegebenen Falls zwangsweise durchgeführt werden.

Gerdorf, den 14. April 1924.

Die Polizei-Verwaltung.

Kaufmann sucht für 4—6 Wochen möbl. Zimmer erstl. mit voller Pens. Angebote unter Nr. 2196 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Schenken Sie

bitte diesem Angebot Ihre ganze Aufmerksamkeit!

Sommerstoffe:

Musseline in wunderschönen 98 an
Farbstellungen von 2 an

Wollmusseline 295
nur moderne Muster von 2 an

Frotté, die grosse Mode 295
Qualität u. Muster unerreicht, von 2 an

Voll-Voile, 110 cm, 270
beste Schweizer Ware

Damenmäntel:

Covercoat-Mäntel 1650
Deutsche Welle

Donegal-Mäntel 1650
120 cm lang

Alpaca-Mäntel 2100
schwarz und blau

Regen-Mäntel 1950
gute imprägnierte Ware

Kleiderstoffe:

Blusenstreifen 475
reine Welle, weissgründig

Kleiderkaros 360
reine Welle, schönes Muster

Popeline, 105 cm, 595
gute gewirte Ware

Gabardine 725
in verschiedenen Farben

Strümpfe:

Florstrümpfe 58
schwarz, beige, grau, braun

Seidenflor 185
In. Qualität, dopp. Sohle u. Farn

Maccostrümpfe 135
schwarz, grau, beige

Herrn-Socken 125
in verschiedenen Farben

Badewäsche / Bademäntel.

Wemmer Nacht.



In guten und in schlechten Zeiten
wird Pillo uns stets
freud bereiten.

Pillo

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen

Schneider

sowie zwei fixe

Handnäherinnen

für dauernde u. lohnende Beschäftigung.
Alfred & Walter Dreipohl, Diebroderstr. 45.

Kapitalien

nicht unter 20000 G.-M.
gegen gute Sicherheiten zu
vergeben.
Angebote unter 2212 an
die Geschäftsst. d. Zeitung.

Zur es gewissend ist
Fräulein
für Stofflager
ge sucht.
Gef. Angebote unter 2214
an die Geschäftsst. d. Zeitung.

Technikum Lemgo (Lippe)
Höhere technisches Lehr-
anstalt. Staatskommission.

Kurttheater Bad Deynhausen.

Sonnabend, den 3. Mai,
7½ Uhr

Die Fledermaus
Operette von Strauss

Sonntag, den 4. Mai,
7½ Uhr

Die Fledermaus
Operette von Strauss

Montag, den 5. Mai,
7½ Uhr

Der Leibarzt
des Fridericus Rex
Operette in 3 Akten.

Sonnabend, den 3. Mai, abends 8½ Uhr spricht im Evang. Vereinshaus

Staatsminister Rönneburg

unser Spitzenkandidat.

Deutsche demokratische Partei.

Neu-Eröffnung des Café-Restaurants „Waldfrieden“

Der verehrten Einwohnerschaft von Herford und Umgebung bringe ich hiermit zur Kenntnis, dass mir vom Magistrat der Stadt Herford das beliebte und herrliche im Stadtwalde gelegene Restaurant „Waldfrieden“ pachtweise überlassen worden ist.

Durch eine umfassende Erneuerung sind sämtliche Räume auf das Behaglichste und Geschmackvollste hergerichtet. Mein Bestreben wird es stets sein, in Küche und Keller das Beste zu bieten, vor allem auch la Kaffee und Kuchen zu verabfolgen, damit fortan im Waldfrieden sich jeder wohl fühlt. Ich bitte, mein Unternehmen gütigst zu unterstützen und recht häufig den „Waldfrieden“ zu besuchen.

Für Vereins- und Familien-Festlichkeiten halte ich meine Räumlichkeiten bestens empfohlen.

Hermann Abmann,
Waldfrieden.

Bad Salzuflen (Kurhaus).

Sonnabend: 2 Sonder-Konzerte
des städt. Orchesters Bielefeld.

Sonntag: 2 Konzerte
unter Mitwirkung der Opernsängerin

Hil. A. Pittamits und des Opernsängers Herrn
C. Heimburg vom Landestheater, Detmold.

Montag: 2 Sonder-Konzerte
des städt. Orchesters Bielefeld.

Dienstag und Mittwoch: Konzerte.

Hotel u. Café Herforder Hof.

Morgen, Sonnabend, 3. Mal
abends 8 Uhr

Gesellschafts-Abend

Herren dunkler Anzug
Eintritt 1 Mark.

Jeden Sonntag morgen
von 11-1 Uhr

Früh-Konzert

Tiemeier, Stiftberg.

Am Sonnabend und Sonntag

grosser Ball.

Tüchtige Bügler

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Ferner

Näherinnen

für Küster, baumwollene Toppen und
Hosen.

Grünemälder,
Scholle & Co.

Näherinnen

geübte, als Heimarbeiter für

Friseurjacken

Friseurmäntel

Conditorjacken

Herzstücken

Malerstühle

suchen

L. Stein & Co.

Herrenkleiderfabrik,

Bielefeld,

Martstraße 25.

Wir suchen zum 1. Juni oder später
eine tüchtige, selbständige

Verkäuferin

für Manufaktur und Konfektion.

H. Meyer & Cie., Bünde.

In die Nachdentlichen im deutschen gewerblichen Mittelstand!

Der gewerbliche Mittelstand war im Mittelalter Träger deutscher Demokratie.

Der gewerbliche Mittelstand muß sich jetzt auf seine demokratischen Traditionen besinnen, denn der demokratische Staat bedarf des Ausgleichs der Klassegegensätze durch einen breiten Mittelstand.

Was gebieten daher Vernunft und Einsicht?

Daß der Mittelstand seine Stimmen der Partei gibt, die nicht durch
unersättliche Versprechungen überredet,
sondern durch

Handeln überzeugt.

Was hat die Demokratische Partei getan?

Sie hat verhindert: die Kommunalisierung von Gewerbebetrieben

Sie hat verhindert: die tarifliche Regelung des Beihilfswesens.

Sie hat verhindert: die unerbittliche Belastung von Gewerbe und Klein-

handel bei der einzelkauflichen Gewerbesteuer.

Sie hat verhindert: die Ausschüttung des Kleingewerbes bei der Befrei-

ung der Reichswehr.

Sie hat verhindert: daß das Handwerk auf zehn Vertreter im Reichs-

wirtschaftsrat beschränkt wurde und hat 36 Ver-

treter durchgesetzt.

Sie hat verhindert: daß die Konsumvereine von der Umsatzsteuer befreit

wurden.

Sie ist eingetreten: für Gleichberechtigung des gewerblichen Mittelstandes

bei der Verteilung von Rohstoffen und Heeresgut.

Sie ist eingetreten: für die Beteiligung des Handwerks an Reparations-

aufträgen.

Sie ist eingetreten: für die Gleichberechtigung der Genossenschaften mit

dem Handel.

Sie ist eingetreten: für Beschaffung lohnbringender Arbeit für das Klein-

gewerbe.

Sie ist eingetreten: für Förderung der Wirtschaftskstellen bei den Hand-

werkskammern.

Sie ist eingetreten: für Beteiligung des gewerblichen Mittelstandes an

der Reichsregierung durch Schaffung selbständiger

Abteilungen im Reichswirtschafts- und Reichsarbeits-

ministerium.

Sie ist eingetreten: für Schutz des Mittelstandes gegen die Wirkung der

Markenwertung durch:

1. Schaffung wertbeständiger Konten bei der Reichsbank und der

Reichspost,

2. sachverständige Prüfung der Geschäftsbedingungen der Banken,

3. Ausbau der Steuernachschuß- und Steuerstundungsbestimmungen

zugunsten von Handwerk und Kleinhandel.

Die deutsche Demokratische Partei hat nur Erreichbares gefordert

und die Verantwortung für das Geforderte nicht gescheut. Sie wird sich

auch fernerhin einsetzen für:

1. das Berufsrecht an Stelle der alten Gewerbeordnung,

2. Hebung der Kreditnot,

3. eine den Bedürfnissen des gewerblichen Mittelstandes gerecht

werdende Steuerveranlagung,

4. Abbau der Richtergerichte und Preisprüfungsstellen,

5. Behebung des Vangelichtes 1924 usw.

Die Deutsche Demokratische Partei verspricht auch jetzt nach dem

wirtschaftlichen Zusammenbruch durch die Inflation keine „herrlichen

Zeiten“, aber sie ist bereit, den Weg der Vernunft zu führen.

Der gewerbliche Mittelstand wird sich für diese Politik der Vernunft

entscheiden müssen, wenn er sich nicht selbst aufgeben will.

Der gewerbliche Mittelstand wird seine Stimmen der Deutschen

Demokratischen Partei geben.

Wählt die Liste Rönneburg!

Reklamepreise für Wäsche

Damen-Trägerhemd mit Hoblsaum	Mk. 1 ⁸⁵
Garnitur: Damen-Hemd und Beinkleid reich gestickt	Mk. 5 ³⁰
Damen-Nachthemd reich gestickt u. mit Hohlraum	Mk. 3 ⁹⁰
Damen-Nachthemd reich gestickt und ausgebeugt	Mk. 4 ⁷⁵
Damen-Taschentücher festoniert mit gestickter Ecke, 6 Stück	1 ⁵⁰

Beachten Sie die Fenster-Auslagen!

J. Ruschkewitz, Herford.

Wochenschrift mit feinem Abonnenten-Katalog sucht in
Herford eine zuverlässige und pünktliche

Botenfrau

bzw. für die umliegenden Ortschaften eine

Buch- oder Zeitschriftenhandlung

für die Auslieferung. Umgehende Meldung erbeten an

Haddebell-Konzern, Hannover,

Gruppenfrage 4.

Hüte

Mützen

H. Bröker, Göttingerstr.
17.

LICHTSPIELHAUS

„WITTEKIND“

Wiederrum

zeigen wir eines der größten Filmwerke der Weltliteratur
in unserem Spielplan.

Von Freitag bis Montag

(nur 4 Tage)

Wilhelm Tell

(Das Schauspiel der Freiheit)
in 7 gewaltigen Akten.

Personenverzeichnis.

Kaiser Albrecht I.	Erich Kaiser-Tietz
Der Kanzler	Emil Rameau
Hermann Gessler, Reichsvogt	Conrad Veldt
Radolf der Harter	Fritz Kampers
Wolfenschießen, Burgvogt	Hermann Valleria
Lendenberger, Landvogt	Josef Peterhans
Bertha von Brunen	Erna Morena
Attinghausen, Bannerherr	Max Göltsch
Ulrich von Rudenz, sein Neffe	Johannes Riemann
Wilhelm Tell	Hans Marr
Hedwig Tell	Xenia Deeni
Walter	Willy Müller
Wilhelm	Hans Peter Peterhans
Heinrich von Melchthal	Otto Gebähr
Arnold, dessen Sohn	Karl Ebert
Konrad Baumgarten	Theodor Basker
Arngard, seine Frau	Grote Reiwald
Werner Stauffacher	Ed. v. Winterstein
Gottfried, seine Frau	Agnes Straub
Resselmann der Pfarre	Robert Löffler
Der Stier von Uri	Wilhelm Diegelmann

Persönl. Auftreten

des beliebten und berühmten deutschen

Charlie Chaplin

Darstellers.

Eine Stunde des köstlichsten Humors!

Man bezeichnet Charlie Chaplin als den König des Humors.
Durch Darstellung verschiedener Filmtypen und durch seine
fabelhaften Verwandlungen wird er das Publikum prächtig
unterhalten.

Wer ihn persönlich sehen will, wer sich
über seine zwerchfellerschütternde Komik
einmal satt lachen will, der komme!

Dann

Die Schneepose

Ein Trauerspiel für Große und Kleine Leute
in 3 Akten.

Häufig erhöhte Preise.

Freikarten haben keine Gültigkeit!

Jugendliche haben Zutritt!

Möbliertes Zimmer

für einen Herrn gesucht.

Fr. Streuber.

Freibant, S.

Morgen früh

Großer Fleisch

VULKANISIERANSTALT

CARL STUMM

HERFORD, JOHANNISSTRASSE 1.

Sachgemäße Ausführungen von Reparaturen an Autos
Motorrädern, Fahrrad-Decken und -Schlanchen.

Ständig grosses Lager neuer Bereifungen der anerkannt
guten Fabrikate. / Kraftwagen- und Motorrad-Zubehör.



Herbikrone

Strenge Auswahl hinsichtlich der
Güte der Rohstoffe schufen
ein Erzeugnis von voller
Würze und
Aroma.

63

Herbi A.-G. Zigarettenfabrik, Magdeburg